

Barsinghausen, d. 25.06.2013

### **Presseerklärung zur zukünftigen Unterbringung von Asylbewerbern in Barsinghausen Entscheidung ist notwendig!**

Die Fraktion Aktiv für Barsinghausen setzt sich weiter für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Barsinghausen ein, sieht jedoch den anhaltenden Bedarf einer zentralen oder mehrerer kleinen Einrichtungen, um kurzfristig und flexibel reagieren zu können und den Flüchtlingen eine sichere Eingewöhnungsphase zu gewährleisten. Nach sechs Monaten sollten Bewohnerinnen oder Bewohner dezentral oder in einem eigenen Bereich untergebracht werden.

„Bei diesem sensiblen Thema ist uns sehr daran gelegen, durch Diskussionen eine breite Ratsmehrheit zu gewinnen“, bekräftigt Bettina Klein von Aktiv für Barsinghausen. Die Ratsfrau hat die Einrichtung der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe initiiert und darin engagiert mitgearbeitet. „Wir haben mit dem Grundstück an der Hannoverschen Straße einen Standort gefunden, der die meisten inhaltlichen Kriterien, z.B. die Erreichbarkeit von sozialen Einrichtungen, Ärzten, Behörden und Einkaufsmöglichkeiten, erfüllt. Gleichwohl bleibt er ein Kompromiss“, so Klein. Inhaltliche Bedenken und Hinweise aus der Einwohnerversammlung, die zur Verbesserung der Infrastruktur und der Sicherheitslage genannt wurden, wolle die Fraktion Aktiv für Barsinghausen aufgreifen. Aufgrund des zeitlichen Drucks, Flüchtlinge bereits im Herbst angemessen unterbringen zu müssen, ruft Klein die Mitglieder des Verwaltungsausschusses dazu auf, die Diskussionen über weitere Alternativstandorte zu beenden und sich heute für den Standort an der Hannoverschen Straße zu entscheiden.

Die Ratsfrau appelliert an ihre Ratskolleginnen und Kollegen, an diesem Thema auch nach der Standortentscheidung dran zu bleiben. „Wir müssen die Zeit nutzen, um inhaltlich und konzeptionell weiter zu arbeiten. Ich möchte nicht, dass wir in zwei Jahren erneut über einen Standort für ein Heim diskutieren müssen, dass die Anlage am Ohweg in Goltern ersetzt“, so Klein. Hierzu seien viele Gespräche nötig um Wohnungen zu finden, bürokratische Hemmnisse zu beseitigen und die Bevölkerung einzubinden. „Wir müssen unsere Willkommenskultur verbessern und die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen zur Unterstützung der Flüchtlinge weiter stärken“, erläutert Klein.

Die Verwaltung sollte vom Rat der Stadt Barsinghausen schnellstmöglich beauftragt werden, Verhandlungen mit der Region aufzunehmen, um eine vollständige Kostenübernahme für eine angemessene dezentrale Unterbringung inklusive sozialer Betreuung zu erwirken.

Gez.